



Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Postfach 3170 | 55021 Mainz

An den
Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

26. März 2024

**Kleine Anfrage des Abgeordneten Carl-Bernhard von Heusinger (BÜNDNIS 90 /
DIE GRÜNEN)**

**„Beratungsangebote für Betroffene von Rassismus und gruppenbezogener
Menschenfeindlichkeit“
– Drucksache 18/8937 –**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Projekt der Fach- stelle m*power	2021	2022	2023 (vorläufig)
Betroffenenberatung für Betroffene rechter, rassistischer und anti- semitischer Gewalt	62 Beratungen	97 Beratungen	125 Beratungen
Melde- und Dokumen- tationsstelle	442 Vorfälle	377 Vorfälle	427 Vorfälle



SoliNet -Beratungs- stelle gegen Hass und Gewalt im Netz	5 Beratungen 2 Workshops	28 Beratungen 4 Workshops	37 Beratungen 18 Workshops
--	-----------------------------	------------------------------	-------------------------------

Die m*power Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle Rheinland-Pfalz nimmt Meldungen von Betroffenen und Zeug*innen auf und arbeitet darüber hinaus auch mit vielfältigen weiteren Quellen, wie z.B. der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität oder Vorfalldaten von Kooperations- und Netzwerkpartner*innen. Damit erfolgt auch eine Verifizierung der Angaben. 2022 wurde die Falldefinition nochmals präzisiert und ausgeübte strukturelle Gewalt nicht mehr mit aufgenommen. Dies ist ein wichtiger Grund für das vorübergehende Sinken der Fallzahlen im Jahr 2022.

Bei der Melde- und Dokumentationsstelle kommen die meisten Meldungen aus den Städten Mainz und Koblenz.

Bei der m*power Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Rheinland-Pfalz (Betroffenenberatung) ist bezüglich der regionalen Verteilung eine Schwerpunktbildung der Fallanfragen aus den Städten, insbesondere Ludwigshafen, Trier, Mainz und Koblenz festzustellen.

Aus den Daten der Melde- und Dokumentationsstelle auch der Betroffenenberatung lassen sich jedoch bislang keine Rückschlüsse auf eine regionale Konzentration von Vorfallaufkommen ableiten.

Eine regionale Verortung der Beratungsfälle von SoliNet ist aufgrund der Natur der Beratungsgegenstände (digitale Gewalt) nicht sinnvoll machbar.

Zu Frage 2:

Ziel der Einrichtung der Meldestelle war und ist es, polizeilichen Statistiken niedrigschwellig, zivilgesellschaftlich erhobene Analysen zur Seite zu stellen. Dabei steht die Betroffenenperspektive im Mittelpunkt, auch Mehrfachdiskriminierung wird aufgenommen. Außerdem werden auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze aufgenommen. Für viele Betroffene ist es wichtig, Vorfälle öffentlich zu schildern, um besser



damit umgehen zu können und auch eine Perspektive als handelnde Personen zu bekommen.

Diese Aspekte sind durch Publikationen der Melde- und Dokumentationsstelle in wichtigen Teilen umgesetzt, so beispielsweise durch die zurückliegenden Publikationen zu Rassismus, zu Antisemitismus und zu Queerfeindlichkeit.

Die deutlich meisten Fälle der Betroffenenberatung, über 50%, verzeichnen einen rassistischen Kontext. Insgesamt aber lassen sich aufgrund der relativ kurzen Projektdauer und einer schwer einzuschätzenden Dunkelziffer kaum quantitative Schlüsse aus den Meldungen ziehen, die repräsentativ für das Geschehen in Rheinland-Pfalz wären. Die bisherigen Erkenntnisse weisen eher auf Leerstellen hin und helfen, die Betroffenenperspektive nachzuvollziehen und sichtbar zu machen.

Zu Frage 3:

Aufgrund der Rückmeldungen aus unterschiedlichsten Bereichen der Landesbehörden und der Zivilgesellschaft wird die Vernetzung der Projekte und deren Bekanntheitsgrad als gut eingeschätzt. Die Netzwerkarbeit muss jedoch intensiv weitergeführt werden, insbesondere auch hinsichtlich der Erreichbarkeit von Menschen im ländlichen Raum.

Die Melde- und Dokumentationsstelle hat mit Queernet RLP, mit der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) sowie dem Landessportbund Rheinland-Pfalz Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Dies trägt zum besseren und schnelleren Datenaustausch und zum wachsenden Bekanntheitsgrad der Stelle bei.

Darüber hinaus findet eine enge Kooperation zwischen den Projekten der Fachstelle m*power und anderen Beratungsstrukturen wie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus sowie den Ausstiegs- und Distanzierungsberatungen im Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz statt.

Die Fachstelle und ihre Projekte sind in unterschiedlichen Netzwerken vertreten, wie beispielsweise dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus oder dem Beirat zum Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.



Durch Workshops- und Weiterbildungsformate sowie der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen erhöhen die Projekte ihre Bekanntheit und Vernetzung stetig.

Zu Frage 4:

Die Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz verfügte 2023 über 2,25 Vollzeitäquivalente und wurde mit 185.876,38 Euro bezuschusst.

Die Beratungsstelle gegen Hass im Netz, SoliNet, verfügte 2023 über 2,25 Vollzeitäquivalente und wurde mit 164.409,24 Euro bezuschusst.

Die m*power Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt umfasst 6,2 Vollzeitäquivalente und wurde 2023 mit 10.000 Euro Landesmitteln und 454.539,70 Euro Bundesmitteln bezuschusst.

Zu Frage 5:

Um sowohl den gesellschaftlichen Entwicklungen als auch der Situation der zivilgesellschaftlich demokratisch engagierten Menschen Rechnung zu tragen, sollen vom Bund Projekte im Bereich der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung mit einem Demokratiefördergesetz im Rahmen der verfassungs- und haushaltsrechtlichen Vorgaben verlässlich unterstützt werden. Dazu gehören unter anderem Maßnahmen der zivilgesellschaftlichen Beratungs-, Präventions- und Ausstiegsarbeit für Betroffene und Engagierte.

Viele der genannten Maßnahmen - auch in Rheinland-Pfalz - leiden unter der auf ein Jahr befristeten Projektförderung, die den Aufbau nachhaltiger Strukturen und die Gewinnung qualifizierten Personals erheblich erschwert.

Die gesetzliche Festlegung der Demokratieförderung als staatliche Aufgabe im Sinne der Stärkung der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland könnte auch auf Landesebene wesentlich dazu beitragen, die Förderstrukturen zuverlässiger zu machen und somit Projekte die Demokratie fördern strukturell stärken.



Zu Frage 6:

Ein Großteil der beschriebenen Maßnahmen wird in Abstimmung von MFFKI und dem Demokratiezentrum im Landesamt für Versorgung, Jugend und Soziales koordiniert. Im Demokratiezentrum sind auch Landeskoordinationen für die Beratungsstellen bei zivilgesellschaftlichen Trägern (Betroffenenberatung m*power und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus) eingerichtet. Von dort wird auch das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus gesteuert (siehe auch Antworten zu Frage 3).

Weiter sind die genannten Beratungsstellen der Fachstelle m*power in den Maßnahmen des Landesaktionsplans gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie dem Beirat, dem jährlich stattfindenden Fachtag, dem Beratungskompass oder der Social-Media-Kampagne #ScrollNichtWeg berücksichtigt, beteiligt und teilweise integriert.

Zu den Beauftragten des Landes, insbesondere für Integration und gegen Antisemitismus, gibt es gute Kontakte und ebenfalls Datenaustausch.

Mit den Sicherheitsbehörden gibt es anlassbezogene Zusammenarbeit (z.B. an der Hochschule der Polizei), an Intensivierungen des Austausches wird gearbeitet.

Des Weiteren wurden in den letzten beiden Jahren Fachtage für pädagogisches Personal zu Beratungsangeboten im Kontext Schule gemeinsam mit dem Bildungsministerium geplant und durchgeführt. Diese machten die Beratungsangebote u.a. der Fachstelle m*power schulischen Personal bekannt.

Zu Frage 7:

Auf Bundesebene ist die Melde- und Dokumentationsstelle bereits seit 2021 mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) vernetzt und betreibt seit 2022 einen regelmäßigen Fach- und Datenaustausch. Im Jahr 2023 wurde der Kontakt intensiviert, in dessen Zuge fand eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema Meldestellen und Betroffenenperspektiven der Melde- und Dokumentationsstelle mit RIAS und der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA-RLP) statt.



Darüber hinaus ist die Melde- und Dokumentationsstelle seit 2023 ebenfalls mit der bundesweit agierenden Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit (CLAIM) vernetzt.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Janosch Littig

Staatssekretär